

Dringliche Anfrage

Hannover, den 21.01.2021

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sorgen die neuen Verabredungen der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz für mehr Infektionsschutz und Planungssicherheit, eine langfristige Strategie und deutlich mehr Homeoffice?

Am 19. Januar 2021 haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin erneut eine Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen. Aufgrund der weiterhin hohen Infektionszahlen und vor dem Hintergrund des Auftretens neuer Infektionsfälle wurden die Beratungen kurzfristig vorgezogen. Ziel war nach Auffassung der Landesregierung, hinsichtlich der weiteren Maßnahmen einen Mittelweg zu finden.

Laut Beschlussfassung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie der Bundeskanzlerin bleiben die bestehenden Einschränkungen mindestens bis zum 14. Februar 2021 bestehen. Ferner wurde vereinbart:

- die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Geschäften auf medizinische Masken zu konkretisieren,
- dass Schulen weiterhin geschlossen bleiben bzw. die Präsenzpflicht aufgehoben wird,
- dass Kindertagesstätten weiterhin geschlossen bleiben bzw. eine Notbetreuung angeboten wird,
- eine FFP2-Maskenpflicht für das Personal von Alten- und Pflegeeinrichtungen bei Kontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie eine Testpflicht für Personal und Besucherinnen und Besucher,
- allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Alten- und Pflegeeinrichtungen bis Mitte Februar eine Impfung anzubieten,
- der Einsatz von Bundeswehr und Freiwilligen für Schnelltestungen,
- Einschränkungen für Gottesdienste und deren Anmeldepflicht bei den Ordnungsbehörden,
- eine Verordnung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, nach der Beschäftigten das Arbeiten im Homeoffice ermöglicht werden soll,
- für Bereiche, in denen dies nicht möglich ist, den Arbeitsschutz zu verbessern und flexible Arbeitszeiten einzusetzen,
- bei hohen Inzidenzen umfangreiche regionale Maßnahmen zu ergreifen,
- die Übermittlung von verlässlichen Lieferzeiten für Impfstoffe durch den Bund,
- die Sequenzierung erheblich auszubauen und bis Anfang Februar eine erste Auswertung vorzulegen,
- die Gesundheitsämter personell so auszustatten, dass bis zu einer 7-Tage-Inzidenz von 50 eine Kontaktnachverfolgung möglich ist,
- die Nachvollziehbarkeit der Infektionsketten durch die Gesundheitsämter durch den flächendeckenden Einsatz von SORMAS (Surveillance Outbreak Response Management and Analysis System) sicherzustellen,
- weitere Hilfen für Unternehmen durch Ausbau der Überbrückungshilfe III des Bundes und die Forderung an die Europäische Kommission einer Anhebung der beihilferechtlichen Höchstsätze,
- der Einsatz der Bundesregierung für eine einheitliche europäische Strategie sowie abgestimmte Maßnahmen der EU-Staaten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sieht die von Ministerpräsident Stephan Weil angekündigte mittelfristige Strategie für Niedersachsen aus, und wie werden die oben genannten Punkte des Beschlusses in Niedersachsen umgesetzt?
2. Wie werden Anfragen, Beschwerden und Kontrollen in Zusammenhang mit der geplanten Homeoffice-Verordnung seitens der Landesregierung organisiert, und wie werden die beteiligten Akteure informiert und unterstützt?
3. Welche aktuellen Kenntnisse liegen der Landesregierung zur Verbreitung von Mutationen vor, und welche besonderen Vorkehrungen wurden getroffen, um die Ausbreitung zu verhindern?

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 21.01.2021)